

MITTENDRIN

Aktuelle News aus dem Landtag und meinem Wahlkreis

August 2023/9

NRW-Haushalt 2024: Handlungsfähig bleiben in herausfordernden Zeiten

101,9 Milliarden Euro-Etat eingebracht – Kinder und Sicherheit im Fokus

„Die nordrhein-westfälische Landesregierung tut alles, um die Rahmenbedingungen für die Bevölkerung stabil zu halten und wenn möglich zu verbessern – trotz der schwierigen Bedingungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die hierdurch ausgelöste Energie- und Konjunkturkrise, die Herausforderungen des Klimawandels sowie steigende Zinsen und hohe Inflation“, erläutert der CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Eggers die Situation im Land. „Wir stehen zu unserer Verantwortung – gerade auch in schwierigen Zeiten. Das Land muss sparen und dennoch handlungsfähig bleiben“, sagt Eggers.



Kinder sind unsere Zukunft

Beste Bildungschancen für alle Kinder stehen im Fokus. Der Schuletat wird daher von Einsparauflagen nicht nur befreit, sondern Bildungsangebote werden sogar gestärkt: Das Alltagsshelferprogramm wird fortgesetzt und die Sprach-Kitas, denen von der Bundesregierung der Geldhahn zugedreht wurde, werden nun komplett durch den Landeshaushalt finanziert. Im Offenen Ganztag werden 38.000 neue Plätze geschaffen.

Acht Millionen Euro kommen dem Programm „Rechnen, Schreiben, Lesen“ zugute, 178 Millionen Euro werden jährlich bis 2027 für das Sprach-Kita-Programm und zur Entlastung von Erzieherinnen und Erziehern bereitgestellt.

„Trotz extrem enger Handlungsspielräume investieren wir in die Zukunft unseres Landes – und das bedeutet vor allem in die Zukunft der Kinder!“, sagt Matthias Eggers. „Durch konsequente und breite Einsparungen in allen anderen Ressorts war es möglich, mehr als 38 Milliarden Euro für die Bildung einzuplanen – jeder dritte Euro für die Bildung. Ein neuer Rekord!“

Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung stärken

Die NRW-Kommunen erhalten aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz insgesamt 15,34 Milliarden Euro. Angelehnt an ihre Steuerkraft bekommen die Städte, Gemeinden und Kreise finanzielle Mittel als Schlüsselzuweisungen, um ihre Aufgaben erledigen zu können. Zusätzlich erhalten die Kommunen eine Aufwands- und Unterhaltungspauschale, eine allgemeine Investitionspauschale sowie Pauschalen zur Unterhaltung von Sportstätten und Schulen. Die Städte im Landtagswahlkreis 122 können mit folgenden Summen kalkulieren:

- Balve erhält insgesamt 2,33 Mio. Euro
- Hemer erhält insgesamt 16,8 Mio. Euro
- Menden erhält insgesamt 11,58 Mio. Euro
- Neuenrade erhält insgesamt 3,47 Mio. Euro
- Plattenberg erhält insgesamt 3,4 Mio. Euro

Städte und Gemeinden in NRW stehen derzeit durch die Flüchtlingsbewegung vor großen Herausforderungen. 390 Millionen Euro zusätzlich haben die Kommunen bereits aus dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ erhalten. Im NRW-Haushalt 2024 sind für flüchtlingsbedingte Aufwendungen insgesamt rund drei Milliarden Euro vorgesehen.

NRW auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas

„Um in Zukunft wettbewerbsfähige Unternehmen und sichere Arbeitsplätze in NRW zu gewährleisten, muss der bis 2045 geplante Transformationsprozess hin zu einer starken, klimaneutralen Industrieregion gefördert werden“, ist sich Matthias Eggers sicher. Ein Beispiel ist hier die Förderung für die Umstellung der Stahlproduktion auf den Energieträger Wasserstoff – mit bis zu 700 Millionen Euro die größte Einzelförderung des Landes.

„Für 2023 und 2024 stellt die Landesregierung mehr als eine Milliarde Euro für Klimaschutzmaßnahmen bereit“, so Matthias Eggers. Diese Mittel sollen beispielsweise für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende, den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, aber auch für klimaresiliente Wälder und Innenstädte genutzt werden.

Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung

Die Digitalisierung in NRW wird konsequent fortgeführt werden. „Der Haushalt 2024 stellt im Rahmen der Gigabitförderung und des Glasfaserausbaus für Regionen, in denen es der Markt nicht leisten kann, 134 Millionen Euro zur Verfügung“, erläutert Matthias Eggers. Aber auch die Verwaltung erhält 190 Millionen Euro für die Digitalisierung des Justizsystems und im Bereich der Steuerverwaltung werden modernste digitale Ermittlungsmethoden und ein vernetztes Arbeiten gefördert, um die Finanzkriminalität effektiver bekämpfen zu können.

Um die Innere Sicherheit des Landes zu stärken, sollen auch weiterhin jährlich 3.000 Kommissarwärterinnen und -wärter ausgebildet werden. Weitere wichtige Anliegen der Landesregierung sind die Reform der Krankenhauslandschaft und die Förderung von Hochschulen und Unikliniken.

„Die Menschen erwarten von der Politik Lösungen. CDU und GRÜNE werden diesem Anspruch mit dem Haushalt für das Jahr 2024 gerecht“, zeigt sich Matthias Eggers zufrieden mit den Plänen der NRW-Landesregierung.

Ehrenamt verdient Wertschätzung und Entlastung

Koalition möchte bürokratische Hürden abbauen und bürgerschaftliches Engagement stärken

Das Ehrenamt umfasst die gesamte Bandbreite unseres Zusammenlebens. Ob im Sport, in der Jugendhilfe, der Seniorenbetreuung, beim Brauchtum und der Kultur oder Natur- und Tierschutz – ohne ehrenamtlich engagierte Menschen würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren.



„Ich bin allen Ehrenamtlichen dankbar für ihren Einsatz“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Eggers. „Auch in meinem Wahlkreis gibt es sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich für andere einsetzen und ihnen freiwillig einen Teil ihrer Freizeit widmen.“

Die Zahlen sind beeindruckend: Rund die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger NRWs engagieren sich ehrenamtlich, im Schnitt mit 214 Stunden pro Jahr. „Diese Menschen leisten damit eine freiwillige Arbeit im Wert von mindestens 19 Milliarden Euro jährlich“, zeigt sich Matthias Eggers beeindruckt. Südwestfalen und der Märkische Kreis sind dabei in NRW ganz vorne mit dabei. „61 von 100 Bürgern engagieren sich in Südwestfalen ehrenamtlich“, zitiert Matthias Eggers aus dem NRW-Ehrenamtsatlas.

Bereits jetzt erfährt das Ehrenamt durch das Land große Wertschätzung. Auf maßgebliche Initiative Nordrhein-Westfalens konnten zum 1. Januar 2021 zudem Steuerfreibeträge für ehrenamtlich Tätige und die steuerliche Freigrenze für gemeinnützige Vereine angehoben werden.

Die Zukunftskoalition von CDU und GRÜNEN hat sich zum Ziel gesetzt, die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und bürokratische Hürden abzubauen. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen in dieser Woche einen Antrag ins Plenum eingebracht. Dieser beinhaltet u. a. folgende Punkte:

- Eine Erweiterung der steuerlichen Abziehbarkeit von Mitgliedsbeiträgen und eine steuerliche Anerkennung unentgeltlich ehrenamtlich Tätiger. Außerdem eine Anpassung aller Freibeträge und Pauschalen im Ehrenamtsbereich an die aktuelle Teuerungsrate, einschließlich des Körperschaftsteuer-Freibetrags und der derzeitigen Besteuergrenze von 45.000 Euro.
- Eine Reduzierung der Bürokratie, um Ehrenamtliche nicht mit administrativen Arbeiten zu belasten.
- Die Benennung einer zentralen Ansprechperson in den Finanzämtern, an die sich Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler bei steuerlichen Fragen wenden können.
- Eine kostenlose Erstberatung zu rechtlichen und organisatorischen Fragen, die nach dem Beispiel Bayerns durch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen bzw. kooperierende Fachanwälte geleistet wird.
- Die Ausweitung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG), durch das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Weiterbildungsmaßnahmen vom Arbeitgeber freigestellt werden können.

„Mit dieser Initiative wird die Zukunftskoalition das bürgerschaftliche Engagement durch attraktivere Rahmenbedingungen und den Abbau bürokratischer Hürden weiter stärken und den ehrenamtlich Tätigen die Wertschätzung entgegenbringen, die sie verdienen“, ist sich der CDU-Abgeordnete Matthias Eggers sicher.

1,99 Millionen Euro für Lebensader in Lendringsen

Fördermittel von Bund und Land werden eingesetzt – Regierungspräsident überreicht Förderbescheid



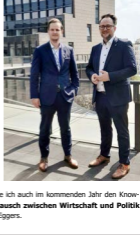
„Ein Onkel, der Gutes mitbringt, ist besser als eine Tante, die bloß Klavier spielt!“ Dieses Wilhelm-Busch-Zitat nutzte kürzlich augenzwinkernd der CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Eggers. Anlass war die Überreichung eines Förderbescheides in Höhe von fast 2 Millionen Euro, den der Arnsberger Regierungspräsident Heinrich Böckelühr (CDU) für die „Lebensader Lendringsen“ an Mendens Bürgermeister Dr. Roland Schröder überreichte.

Mit den Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Lebendige Zentren“ soll nun die Mitte Lendringsens aufgewertet werden. Das Projekt sieht nicht nur eine Neugestaltung des Lendringser Platzes vor, sondern auch eine Begrünung der Lendringser Hauptstraße, zudem sollen Radverkehrsflächen geschaffen werden. „Jetzt ist es wichtig, die Bevölkerung des Stadtteils, also alle Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Einzelhändler, in die Gesamtsituation einzubinden. Hier kann auch mit Mitteln des Landes NRW etwas Großartiges entstehen“, ist sich Matthias Eggers sicher; der sowohl in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter als auch als Ratsmitglied den weiteren Prozess konstruktiv begleiten will.

Wirtschaftsjunior begleitet Matthias Eggers im Landtag

Austausch zwischen Politik und Wirtschaft

In der ersten Plenarwoche nach der parlamentarischen Sommerpause besuchten rund 90 Wirtschaftsjunioren aus NRW den Landtag. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer sowie angestellte Führungskräfte nahmen am bereits 20. Know-how-Austausch zwischen Wirtschaft und Politik teil.



An zwei Tagen begleitete René Boller den heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Eggers im Landtag. René Boller ist geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens Demig, eines Spezialisten für Automatisierung und Prozessoptimierung in Siegen. Neben seiner beruflichen Tätigkeit engagiert sich der junge Familienvater bei den Wirtschaftsjunioren in Siegen.

Im Landtag erwarteten ihn u. a. die Teilnahme an der CDU-Fraktionssitzung, eine Diskussion mit den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien sowie die Möglichkeit, die Plenardebatte von der Tribüne zu verfolgen.

„Danke für deinen Besuch im Landtag, René! Gerne unterstütze ich auch im kommenden Jahr den Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren. Von einem engen Austausch zwischen Wirtschaft und Politik profitieren schließlich beide Seiten“, kommentiert Matthias Eggers.

Krise in der Sanitärbranche – Kurzarbeit in vielen Betrieben unvermeidlich

Matthias Eggers MdB zu Gast bei KEUCO

„KEUCO und GROHE melden Kurzarbeit an – die Sanitärbranche steckt in ihrer tiefsten Krise!“ – diese Nachricht schlug in der heimischen Region und besonders in Hemer wie eine Bombe ein.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtstrend. Besonders stark trifft es die Sanitärbranche. Und dies hat insbesondere politische Gründe! Die Krise am Bau ist allgegenwärtig. Hervorggerufen wird sie durch die privaten der Baukosten, steigende Zinsen und somit zurückgehende Investitionen lukrativer macht, Wärmepumpen zu installieren, anstatt Bäder zu sanieren, verbunden mit starker Zurückhaltung der privaten Hausbesitzer, in neue Bäder zu investieren, führt zu einem erheblichen Einbruch.



Gemeinsam mit Hemers Bürgermeister Christian Schweitzer (CDU) besuchte der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Eggers jetzt den Marktführer für Badausstattungen KEUCO in Hemer.

Mitgesellschaftler Engelbert Himrich und CEO Lubert Winnecken erläuterten den Politikern gemeinsam mit ihrem Geschäftsleitungsteam bei einer Besichtigung die aktuelle Situation.

Das Instrument der Kurzarbeit und Investitionen am Standort Hemer sowie eine Ausweitung des internationalen Geschäfts sollen das Familienunternehmen wieder auf die Erfolgsspur bringen. „Dies geht aber nur mit einer industrieorientierten Wirtschaftspolitik der Ampel-Bundesregierung. Mittelständler wie KEUCO sind das Herz der deutschen Wirtschaft und gerade diese Unternehmen brauchen jetzt Unterstützung aus der Politik“, betont Matthias Eggers.

Die schwarz-grüne Landesregierung in Düsseldorf weiß dies und nun gilt es, auch die Bundesregierung in Berlin zu überzeugen und Initiative einzufordern! „Die Ampel muss ihre Wirtschaftspolitik grundsätzlich überdenken, ansonsten verliert der Industriestandort Deutschland den Anschluss“, sagt Matthias Eggers.

NRW-Schulministerin Feller zu Besuch am Placida-Viel-Berufskolleg und Gymnasium an der Hönne

„Deutscher Schulpreis“ und „Zukunft Schule“ zeugen von der Vielfalt der heimischen Schulen



NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) verbrachte Anfang August interessante Stunden am Placida-Viel-Berufskolleg sowie am Gymnasium an der Hönne in Menden.

Gemeinsam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Ziemiak, Landrat Marco Voge (CDU), Mendens Bürgermeister Dr. Roland Schroeder und dem Mendener Schulausschussvorsitzenden Peter Maywald (CDU) begleitete der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Eggers die Ministerin zu den beiden Schulen.

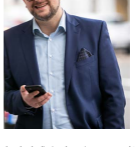
Das Placida-Kolleg wurde im vergangenen Jahr mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Die Auszeichnung durch die Robert-Bosch-Stiftung erfolgte u. a. wegen des innovativen Konzepts von Selbstständigen Lernen. „Gemeinsam mit der Ministerin nahmen wir an einer Unterrichtsstunde teil, während der uns die Schülerinnen und Schüler die Vorteile des Dalton-Konzeptes, welches bei rund einem Drittel der Unterrichtsstunden Anwendung findet, erläuterten“, zeigt sich Matthias Eggers begeistert von dieser interessanten Lernmethode. Im Anschluss stellte sich Ministerin Feller den Fragen der jungen Menschen und pflanzte gemeinsam mit Dr. Dagmar Wolf von der Robert-Bosch-Stiftung drei Apfelbäume. Die Schule präsentierte sich an diesem Tag zudem mit einem großen Schulfest.

Im Anschluss ging es zum Mendener Gymnasium an der Hönne. Unter dem Motto „Zukunft Schule“ hatten die Gymnasiasten eine Diskussionsrunde mit der Ministerin organisiert. Sie diskutierten mit Dorothee Feller u. a. über den Lehrkräftemangel in den Schulen, die Zukunft von künstlicher Intelligenz im Schulbetrieb und über Belastungen für Schülerinnen und Schüler beim Lernen.

EGGERS KOMMENTIERT

Altschuldenlösung ab 2025

Viele NRW-Kommunen sind überschuldet. Liquiditätskredite, teilweise schon Jahrzehnte alt, schränken die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ein. Aus eigener Kraft und Anstrengung werden die meisten Städte von dieser Schuldenlast nicht runterkommen. Deswegen ist es folgerichtig, dass die schwarz-grüne Koalition das Altschulden-Problem anzupacken wird.



Der Vorschlag aus dem Kommunalministerium aus Anfang Juni ist ein erster Aufschlag gewesen. Ein Angebot, ein Einstieg in die Lösung! Als Mitglied im Kommunalausschuss habe auch ich an der Expertenanhörung teilgenommen.

Alle Experten loben den Einstieg in einen Dialog – auch wenn der durch die Landesregierung gemachte Vorschlag bei vielen Käufern und Kommunalpolitikern noch wenig Zustimmung fand. Nun muss auf Grundlage dieses Vorschlags weiterdiskutiert werden. Und da ist insbesondere die Bundesregierung gefordert. Der Bundesfinanzminister darf sich nicht einfach auf ein NEIN versteifen und sich einem Kompromiss verweigern. Bund, Land und Kommunen sind gemeinsam gefordert. Schließlich tragen auch alle die Verantwortung für das Schuldenproblem. Bund und Land, weil sie immer wieder über die Jahre den Kommunen neue Aufgaben – ohne Gegenfinanzierungsvorschlag – übertrugen. Und die Kommunen, weil auch sie sich nicht selten über die Verpflichtung zur Sparsamkeit hinwegsetzten und sich teure Extras leisteten. Ich wünsche mir eine faire und objektive Diskussion!